

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Volks-Schäften je mm 0,12 Zloty für die achtseitige Seite, außerhalb 0,15 Zloty, Anzeigen unter Text 0,8 Zloty, von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen zeitliche Ermäßigung.

❖ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ❖

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 28. 2. cz. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 0,50 Zl. Zu beziehen durch die Hauptvertriebsstelle Katowice, Beatastraße 2, durch die Filiale Königsberg, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolportage.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Beatastraße 28 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. K. D., Filiale Katowice, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Katowice: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Polen fordert die Auflösung des Deutschen Volksbundes

Eine Note an den Völkerbund — Oberschlesien eine rein innere Angelegenheit Polens

Warschau. Wie der Korrespondent der „Polonia“ seinem Blatte meldet, wird die polnische Regierung noch auf der kommenden Märztagung des Völkerbundes in seiner speziellen Note die Auflösung des Deutschen Volksbundes fordern. In dieser Note soll besonders hervorgehoben werden, daß die Vorgänge in Oberschlesien rein innere Angelegenheiten des polnischen Staates seien.



Otto Ullrich

der ehemalige Abgeordnete zum Schlesischen Sejm und Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes.

Der Fall Ullrich

Oder wie bereiten wir die Auflösung des Volksbundes vor?

Die polnische Regierung sorgt selbst dafür, daß die Gegensätze zwischen der deutschen Minderheit und den Bestrebungen der polnischen Regierung nicht von der Tagesordnung der politischen Diskussion verschwinden. Wenn die letzten Nachrichten zutreffen, die heute die „Polonia“ aus Warschau melden läßt, so wird die ganze Aktion gegen den Abgeordneten Ullrich völlig geklärt. Die „Polonia“ berichtet nämlich, daß die polnische Regierung an den Völkerbund eine Note vorbereitet, in welcher sie die Auflösung des Deutschen Volksbundes fordern wird und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß er eine Institution sei, die fortgesetzt antistatistische Tätigkeit betreibt, als gegen die Existenz des polnischen Staates und seiner Autorität gerichtet sei. Wie die Begründung ausfallen wird, brauchen wir uns nicht zu sorgen, sie ist bereits heute schon Allgemeinort der deutschen Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien. Es sind die alten Anklagen, die dadurch nicht besser und wahrhafter werden, wenn man sie immer wieder wiederholt. Wir müssen nunmehr zu der Annahme kommen, daß die Verhaftung Ullrichs nur deshalb erfolgt ist, um den früheren Anklagen gegen den deutschen Volksbund eine feste Fundierung zu geben. Man wollte etwas mit Zement unterbauen, da die bisherigen Verurteilungen in den verschiedenen Prozessen gegen die deutsche Minderheit doch nur Menschen zweiten Grades treffen. Wir lassen die Tendenz dieses früheren Prozesses völlig beiseite und beschränken uns nur auf den Fall Ullrich.

Als uns die Erklärung des polnischen Außenministers am Sonnabend bekannt wurde, war unsere politische Redaktion bereits abgeschlossen (es war 7½ Uhr morgens), so daß wir zu dem Inhalt selbst nicht mehr Stellung nehmen konnten. Wir hätten auf die neue Erklärung des polnischen Außenministers nicht reagiert, da sie ebenso von falschen Voraussetzungen ausgeht, wie seine Anschuldigungen in Lugano. Der Deutsche Volksbund hat eine Richtige Briefe gegeben, der polnische Außenminister hat es aber bisher nicht für notwendig gefunden, zu erklären, daß er von seinen untergeordneten Organen falsch unterrichtet wurde. Uns berührt die „Aufklärung“, die der polnische Außenminister über den Fall Ullrich den Zeitungsschreibern gegeben hat, etwas eigentümlich, da er wieder an der Wahrheit vorbeigeht und sie mit billigen „Erklärungen“ abzuspülen versucht. Zunächst eine Tatsache. Der Abgeordnete Ullrich ist nicht wegen Dokumentenfälschung angeklagt, sondern wegen Beihilfe zur Flucht von polnischen Militärpflichtigen. Wie der Außenminister nun schon als erwiesen betrachtet, daß Dokumente gefälscht wurden und daß dies der höchste rätselhafte Herr Jaleski stellt aber mit Nachdruck fest, daß es sich um gefälschte Dokumente handelt, so daß wir annehmen, daß auch dem polnischen Außenminister bekannt ist, daß die fragliche Beihilfe gefälscht ist und so hat man einen Deutschen zu Unrecht angeklagt, denn wenn man weiß, daß diese Dokumente gefälscht sind, so braucht man nur diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die dieses Dokument der polnischen Staatsanwaltschaft in die Hände gespielt haben und man wäre damals schon der Wahrheit viel näher gekommen, als durch die Anklage gegen Ullrich. Denn, hat Ullrich jenes fragwürdige Dokument tatsächlich ausgestellt und mit seinem „U“ versehen, dann kann man wohl nicht von einer Fälschung sprechen, sondern dieses Dokument ist ohne alle Zweifel echt, aber der Beweis, daß es Ullrich gefälscht hat, muß erst erwiesen werden und darum erscheint es geradezu unverständlich, wenn der polnische Außenminister zum Fall Ullrich eben ohne den Spruch der Gerichte abzuwarten, zu denen er ja ein grenzenloses Vertrauen hat, von der feststehenden Schuld des Abgeordneten Ullrich spricht. Eine solche Äußerung muß in der deutschen Minderheit den Eindruck erwecken, als wenn über den ehemaligen Abgeordneten Ullrich das Urteil bereits fertig läge ohne erst die Verhandlungen abzuwarten. Denn, wenn eine so gewichtige Persönlichkeit, wie der Außenminister, schon vor der Gerichtsverhandlung von einer feststehenden Schuld spricht, so liegt es eben nahe, daß auch die Behörden, die ihn informierten, der gleichen Ansicht sind. Man mißdeute unsere Ausführungen nicht, als wenn wir den polnischen

Eine Antwort an Jaleski

Polen und die Grönerische Denkschrift — Eine energische Zurückweisung des Berliner „Vorwärts“

Berlin. Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Sonnabendnummer:

Der polnische Außenminister hat dem Herausgeber der „Review of Reviews“, der die Grönerische Denkschrift veröffentlicht, telegraphisch, daß Polen keinerlei Angriffsabsichten gegen Deutschland habe und ihm den Abschluß eines Grenzgarantievertrages vorschläge. Widhamstead bemerkt in dem Februarheft seiner Zeitschrift dazu, daß Jaleski damit an Deutschland eine Aufforderung gerichtet habe, „die es nicht ignorieren könne“.

Unseres Wissens bestehen bereits seit einer gewissen Zeit von Jahren ununterbrochen diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Polen; ebenso ist bekannt, daß in Warschau oder Berlin von Zeit zu Zeit Handelsvertragsverhandlungen stattfinden. Wenn die polnische Regierung diplomatische Anregungen zu machen hat, so braucht sie sich nicht eines nationalistischen englischen Zeitschriftenleiters zu bedienen, sondern kann das geschehen direkt befragen. Wenn Herr Stead vorschlägt, daß wegen der Mitteilung Jaleskis an ihn die deutsche Regierung eine Klage in Warschau Steads zu erklären, eine geschichtliche Rolle zu spielen, und nicht dem sachlichen Verhältnis Polens zu Deutschland zu rechtfertigen.

Wenn Herr Jaleski den ehrlichen Wunsch hat, die nachbarlichen Beziehungen mit Deutschland zu vertiefen, so sollte er lieber, statt mit solchen Vorschlägen zu kommen, dafür sorgen, daß die Angelegenheiten, die in Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit getrieben werden, endlich aufhören. In dem Augenblick, wo der obereschlesische Sejm aufgelöst und der Führer der Deutschen auf Grund von Dokumenten, die selbst die polnische Mehrheit dieses Sejm für gefälscht hielt, verhaftet worden ist, sollte Herr Jaleski lieber nicht die deutsch-polnischen Beziehungen auf einer Art zu vertiefen versuchen, die nur Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Absichten erwecken kann.

Dadurch, daß Polen und Deutschland den Kriegsvertragsvertrag unterzeichnet, ist zwischen ihnen sogar das Ostlo-carno hergestellt worden, das Polen so lange erstrebte. Daß manche Kreise in Polen darüber hinaus noch eine Grenzgarantie erstreben, war schon lange bekannt. Ebenso bekannt ist aber, daß diese Grenzgarantie nur im Verhältnis Deutschlands zu Frankreich gegeben werden konnte, für eine Garantie der Grenzen im Osten Europas die Zeit noch längst nicht gekommen ist. Von so weitgehenden Sicherungen kann erst dann die Rede sein, wenn im freiwilligen friedlichen Revisionsverfahren die größte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes wieder gutgemacht wird und wirksame Garantien dafür geboten werden, daß den Minderheiten in Polen die freie Entfaltung ihrer Kultur gewährleistet ist.

Ostgalizien von der Außenwelt abgeschlossen

Starke Schneewehen verhindern jeden Außenverkehr

Löbe über den Anschluß

Warschau. Das gesamte polnische Verkehrswesen befindet sich in einer geradezu verzweifelter Lage. Ganz Podolien ist seit einer Woche von der übrigen Welt abgeschnitten. Ostgalizien läßt sich nur funktentelegraphisch erreichen. Aus dem Gebiet der Eisenbahndirektion Lemberg wird berichtet, daß der Zugverkehr am Sonnabend vollkommen lahmgelegt war. Am gestrigen Sonntag herrschte allenthalben starker Schneefall bei heftigem Wind. Auf der Strecke Przemyśl-Rzeszów sind 20 Kohlenzüge stecken geblieben. Auf der Strecke Lemberg-Przemyśl ist ein von der Eisenbahndirektion ausgerichteter Hilfszug mit zwei großen Dampfmaschinen ebenfalls auf freier Strecke stehen geblieben. Auch die Stadt Stanislaw ist von der Außenwelt abgeschlossen. Die Lemberger Militärbehörden haben Flugzeuge aufsteigen lassen, um auf diesem Wege die wichtigsten dienstlichen Befehle nach Ostgalizien zu befördern. Das polnische meteorologische Institut teilt mit, daß die Schneefälle vermutlich noch einige Tage andauern werden.

Frankfurt a. O. In einer überfüllten Versammlung in Frankfurt a. O. sprach Reichstagspräsident Löbe im Auftrage der Reichszentrale für Heimatdienst über die Anschlußfrage. Er leitete die Notwendigkeit des Anschlusses aus der nationalen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit Deutschlands und Österreichs her und wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die von Polen und Frankreich ausgesprochene Befürchtung eines Handelskrieges. Er meinte, diese Befürchtungen ihre Begründung auf Ereignisse ihrer eigenen Geschichte zurück, an Gegenwart zu denken sei sinnlos und gefährlich. Der Krieg habe gezeigt, daß es Sieger nicht mehr gebe. So habe das gezeigte Frankreich mehr Leid im Kriege betrauert als Elend-Leiden der Einwohner. Nicht aus Gewinnsucht, sondern aus dem wachsenden Vertrauensverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland erwarte er die Lösung der Anschlußfrage. Sie werde erfolgen, wenn die Welt nicht mehr an Regimenter und Rekruten denke.

Die Rede Löbes wurde mit großem Beifall aufgenommen.

ischen Behörden etwas unterschoben würden, sondern wir erklären sie auf Grund der Erklärungen, die eben von maßgebender Seite verbreitet werden.

Wir unterstreichen daher, daß die „Aufklärung“ des polnischen Außenministers völlig fehlt, wenn man den ehemaligen Abgeordneten Młik der Dokumentenfälschung bezichtigt, während die Anklage selbst nur auf Beihilfe zur Flucht von Militärschleppern lautet. Zwischen Anklage und Verdächtigung ist aber noch ein weiter Weg des Beweises und der ist noch nicht abgeschlossen.

Der polnische Außenminister spricht dem Völkerbund das Recht der Einmischung in innere Vorgänge Polens ab. Das trifft zu, aber nicht auf Obereschleffen, denn die deutsche Minderheit hat dieses Recht in der Genfer Konvention zugesichert erhalten und benutzt es nicht im antistatistischen Sinne, sondern im Interesse seines eigenen Schutzes. So ist es, auch im Falle Młik und weil eben Gefahr der Verdunkelung besteht, wie sie ja auch aus den Erklärungen des polnischen Außenministers hervorgeht, war der Protest an den Völkerbund seitens des Deutschen Volksbundes verständlich. Wir unterstützen unsererseits, daß wir es am allerliebsten sehen würden, wenn wir uns nie an den Völkerbund zu wenden brauchen, unsere inneren Angelegenheiten zwischen Regierung und deutscher Minderheit ohne Inanspruchnahme zwischenstaatlicher Instanzen lösen würden. Aber daran tragen wir deutsche Minderheit keine Schuld, sondern sie sind Folgen der Politik oder Maßnahmen der polnischen Behörden. Und wenn hier der Außenminister mehr als eine Erklärung abgeben wollte, daß heißt den Kurs der Minderheitenpolitik wenden würde, so möchte damit nicht nur dem polnischen Staat, sondern auch der deutschen Minderheit gebietet sein und wir brauchen keinen Fall Młik, keine Noten an den Völkerbund und würden obendrein die Beziehungen zwischen den großen deutschen Nachbarn und Polen fördern. Aber dies ist nicht Aufgabe der deutschen Minderheit, sondern Sache der polnischen Regierung und eigentliches Ressort des polnischen Außenministers.

Wenn diese Note an den Völkerbund tatsächlich geplant ist und abgehen wird, so kann wohl die polnische Regierung nicht mehr behaupten, daß zwischen der Verhaftung des ehemaligen Abgeordneten Młik und der Behandlung der Minderheitsfragen beim Völkerbund kein innerer Zusammenhang besteht. Hier ist durch die geplante Note eine völlige Klärung geschaffen. Bieweit die Auflösung des Schlesischen Sejms zeitlich mit diesen Dingen zusammenhängt, wollen wir nicht unteruchen. Aber ohne Auflösung des Schlesischen Sejms wäre die Verhaftung des ehemaligen Abgeordneten Młik nicht möglich und wieder war es der Außenminister, der ja bereits in Lugano auf die kommende Strafverfolgung des verhafteten Młik hingewiesen hat, wenn erst die Immunität beseitigt ist. Und trefflich ist alles im besten Gang. Der Antrag zur Behandlung der Minderheitsfrage kann paralysiert werden, nachdem Polens Schritt bei den Großmächten ein unruhiges Ende gefunden hat. Da kommt die Auflösung des Schlesischen Sejms, die Verhaftung Młik's und schließlich die polnische Note an den Völkerbund auf Auflösung des Deutschen Volksbundes und der Außenwelt deutet man an, daß zwischen all den Vorgängen kein sachlicher Zusammenhang steht. Nun das Ziel ist klar und die deutsche Minderheit weiß, was sie zu erwarten hat. Wir werden daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen.

Ein Ultimatum des Illinoiser Generalstaatsanwalts an die Chicagoer Polizei

London. Wie aus Chicago gemeldet wird, hat der Generalstaatsanwalt des Staates Illinois der Chicagoer Polizei ein Ultimatum übermittelt, das sich jedoch nicht auf die Unterdrückung des Verbrechens, sondern auf die strikte Durchführung der Prohibitionsgeetze bezieht. Der Generalstaatsanwalt ist allerdings der Ansicht, daß hierdurch gleichzeitig dem Bandenwesen ein Ende gemacht wird. Die Chicagoer Handelskammer hat die Stadtverwaltung in einem scharf gehaltenen Schreiben gleichzeitig aufgefordert, die Stadt von den Verbrecherbanden zu säubern.

Am Altar

Roman von E. Werner.

21)

Frankiska hatte die Lektüre eine „Himmelschreie“ genannt, Bernhard dagegen die Abscheu gezuckt und ihr den Rat gegeben, das Werk doch erst einmal zu lesen. Diese Zumutung aber hatte das Fräulein mit voller Entzückung zurückgewiesen und ihn ersucht, sich doch gefälligst zu erinnern, daß sie eine christliche Pfarrerstochter und kein so ausgemachter Freigeist wie Herr Bernhard Günther auf Dobra sei. Lucie achtete sonst nicht viel auf dergleichen Gespräche, die sie nicht im mindesten interessierten; aber jetzt kam ihr doch eine dunkle Erinnerung daran und sie begann in dem Werke zu blättern, um womöglich das „Himmelschreie“ herauszufinden, aber bald genug gab sie die Mühe auf. Weltgeist! Natur! Ursprung des Menschen! Gott, mit was für entsetzlichen Dingen füllten diese Männer ihre Köpfe an! Fräulein Reich hatte ganz recht, wenn sie eine solche Lektüre zurückwies, und ihr Jüngling zerbrach sich nur den Kopf darüber, welcher ausgemachte Freigeist außer ihrem Bruder denn hier in der streng katholischen Umgegend lebe, der an solchen Studien Gefallen fand.

Sie hielt den Hund noch geöffnet in der Hand, als ein Schatten auf die hellen Blätter fiel; Lucie blickte auf und fuhr mit einem leisen Schrei des Entsetzens empor. Da stand er wieder vor ihr, der finstere Mönch, der unheimliche Vater Benedikt, und sah sie mit seinen großen dunklen Augen an. Sie wich zurück, so weit als es die Felswand nur gestattete, die Linde griff wie Schutz suchend in die grünen Ranken, während sie mit der Rechten das Buch mechanisch an sich preßte. Sie wußte jetzt freilich, daß es nicht der Werwolf im Märchen war, sondern ein Mensch von Fleisch und Blut, ein Geistesfieber des Stilles, aber das half alles nichts, es legte sich genau so angstvoll und beklemmend aufs Herz, wie das erste Mal. Hier war kein Entzinnen möglich, er stand ihr dicht gegenüber, und jetzt öffnete er gar die Lippen zu einem Worte, jedenfalls so finstern und so feindselig, wie seine Erscheinung war.

„Ich bitte um Verzeihung, wenn ich Sie erschreckt habe, mein Fräulein! Ich kehre um, etwas Vergessenes zu holen. Sie haben mich nicht, als ich über die Wiese schritt.“

Furchtbare Explosion eines Gasbehälters

Fünf Personen schwer verletzt

Berlin. In einer der ältesten Anlagen der städtischen Gaswerke im Norden Berlins in der Sellenstraße flog Sonntags gegen drei Uhr früh aus bisher noch ungeklärter Ursache ein Gasbehälter von rund 37 000 Kubikmeter Fassungsvermögen in die Luft. Der etwa haushohe Behälter, der heute nur noch als Reservoir für die Berliner Gasversorgung dient, ist bis auf die Grundmauern zerstört worden. Unter Donnergetöse barst der Behälter. Eine haushohe Stichflamme schoß in die Höhe und erhellte weithin die Nacht, ein eigenartiges Schauspiel bot sich unmittelbar nach der Explosion. Eine riesige Stichflamme wand sich losgelöst hoch über dem Flammenmeer. Die unmittelbare Umgebung der Explosionsstelle in der Sellenstraße bietet ein Bild grauenhafter Verwüstung. Sämtliche Fensterscheiben in einem Umkreis von etwa 200 Metern sind zertrümmert. Eine etwa 80 bis 100 Meter lange und 2½ Meter hohe Mauer wurde von der Gewalt der Explosion eingedrückt. Zentnerschwere Trümmer wurden etwa 60 Meter weit geschleudert. In einer Werkstatte in unmittelbarer Nähe wurde der Dachstuhl eingedrückt, die Fensterscheiben und Rahmen zertrümmert. Vom Gehäuf des Dachstuhls wurde die Zimmerdecke zerfetzt. Nur mit knapper Not entging die Tochter des Handwerkers dem Tode. Glücklicherweise waren nur wenige Fußgänger auf der Straße.

Einige Minuten nach der Explosion rückte schon die Feuerwehr mit 16 Löschzügen unter persönlicher Leitung des Ober-

branddirektors Camp an. Aus vier Rohren wurde Wasser gegeben. Ihr Hauptangriff mußte die Feuerwehr darauf richten, ein Uebergreifen des Feuers auf einen in der Nähe befindlichen zweiten Gasbehälter zu verhindern. Für die Abspermaßnahmen wurden nicht weniger als 20 Polizeioffiziere und 140 Schupoleute an Ort und Stelle beordert. Etwa um 5 Uhr morgens war die Gefahr für den benachbarten Gasbehälter beseitigt, so daß mehrere Löschzüge abziehen konnten.

Wie ergänzend berichtet wird, sind bei der furchtbaren Explosionskatastrophe fünf Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden. Sie haben zum Teil schwere Knochenbrüche dadurch erlitten, daß sie durch den ungeheuren Luftdruck entweder auf den Erdboden oder an die Mauer gepreßt worden sind oder durch die herumfliegenden Mauerstücke verletzt wurden. Ob unter den Trümmern sich Leichen sowohl auf der Straße wie auf dem Gelände der Gaswerke selbst befinden, können erst die Aufräumarbeiten ergeben, die sofort nach dem Brande eingeleitet haben und längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Von besonderem Schicksal ist es, daß die Unglücksfälle an einer wenig belebten Straße in einem ziemlich häuserfreien Bezirk liegt und zur Zeit der Explosion keine Straßenbahn an der Explosionsstelle vorbeifuhr. Ueber die Ursache des Unglücks selbst herrscht noch völlige Unklarheit. Die Sachleute stehen hier vor einem Rätsel. Es wird jedoch wegen des großen Profites mit einem Rohrbruch unter der Erde gerechnet.



In fünf Tagen um die Erde

Jules Verne seinerzeit klüger Traum, in 80 Tagen um die Welt zu reisen, ist von der Wirklichkeit längst überholt. Der Ehrgeiz der Weltfahrer hat den Rekord im Vorjahre bereits auf etwa 14 Tage herabgedrückt. Jetzt beschäftigt der amerikanische Flieger, Major Goebel, der Gewinner des Dole-Preises, für seinen Flug von Kalifornien nach Honolulu, die Reise um die Welt in 5 Tagen durchzuführen. Sein Flugzeug soll wie „Auction Mart“ in der Luft tanken; für die Zuführung neuen Brennstoffes sollen 14 Flugzeuge an der Flugroute stationiert werden. — Major Goebel.

Mastierte Räuberüberfallen eine Garage

Berlin. In der Nacht zum Sonntag überfielen mastierte Räuber die Kasse einer Großgarage in Charlottenburg, bedrohten die Kassierer mit Revolvern u. raubten aus dem Geldschrank mehrere tausend Mark. Der Raubüberfall geschah zu einer Zeit, in der auf dem Garagengrundstück des großen Drohkenunternehmens reger Betrieb herrschte und ununterbrochen Chauffeure mit ihren Wagen heimkehrten oder ausfuhren. Trotzdem die Verfolgung der Räuber in einem Auto sofort aufgenommen wurde, sind sie mit der Beute entkommen.

Es war das erste Mal, daß Lucie seine Stimme vernahm, sie atmete tief auf und ließ die Hände sinken. Die Stimme klang ganz anders, als sie geglaubt, es war ein weicher, voller Klang, der sympathisch ihr Ohr berührte, und als sie etwas ermutigt dadurch einen Blick in sein Gesicht wagte, da erschienen ihr auch die Augen ganz anders als sonst. Sie blickten wohl noch ernst und düster auf sie hin, aber die unheimliche Glut darin war gemildert, war tief zurückgedrängt. Luciens Angst begann zu weichen, sie machte allmählich der entgegengesetzten Empfindung Platz. Nichts lag dem Charakter des jungen Mädchens ferner, als eigentliche Furchtsamkeit; im Gegenteil, sie war meist nur allzu fest und übermütig. Wie oft war sie lachend und spottend dem entgegengetreten, was andern als eine Gefahr erschien; wie oft hatte sie dem drohenden Stürmen von Madame Schwarz und den Strafpredigten von Fräulein Reich die Stirn geboten, wie oft jagte dem Zorn des Bruders getroßt, den doch ganz Dobra fürchtete; warum hatte denn nur dieser Mann allein auf der ganzen Welt die Macht, sie durch seinen bloßen Anblick schon zu erschrecken und zu ängstigen? Der Zorn darüber wachte heiß in ihr empor, sie wollte sich nicht mehr schreien lassen, sie wollte der lächerlichen Furcht Herr werden, um jeden Preis! Entschlossen gab sie ihre Verteidigungsstellung auf, warf die Loden zurück und trat einen Schritt vorwärts.

Jetzt erst bemerkte Benedikt das Buch, das sie noch immer festhielt, und etwas, das beinahe einem Lächeln glich, lag über seine Lippen.

„Was soll denn Spinoza in Ihren Händen?“ fragte er mit leiser, halb vorwurfsvoller, „für Sie passen doch solche Schriften nicht!“

Er hätte Luciens heroischen Entschluß nicht wirksamer unterfüttern können, als durch diese Bemerkung; wo ihr kindisches Selbstgefühl verletzt ward, trat für sie alles andere in den Hintergrund. Sie fand sich tief gekränkt durch diese Worte, sie klangen aber auch gar zu mitleidig herablassend, ihr Zorn lag in heißen Flammen auf, und ihm den Vorwurf sofort zurückgebend, entgegnete sie sehr entschlossen: „Nun, für Sie paßt das Buch doch wohl noch viel weniger!“

Benedikt wich einen Schritt zurück bei diesem ganz unerwarteten Ausfall und sah sie erstaunt an. „Weshalb?“ fragte er endlich.

„Weil Sie ein Mönch sind!“ erklärte Lucie, genau den verächtlichen Nachdruck auf das Wort legend, mit dem ihr Bruder es auszupredigen pflegte.

Die Zwangsparzellierung

Warschau. Die halbamtliche „Epoka“ veröffentlicht den vom polnischen Ministerrat beschätzten Landaufteilungsplan für das Jahr 1930 sowie die 17 der im Jahre 1929 der Zwangsenteignung unterliegenden Landbesitzer. Wie natürlich zu erwarten war, werden die deutschen Gebiete Polens auf das Härteste betroffen. So entfallen nach dem Plan für 1930 nicht weniger als 10 000 Hektar auf den Posener und 8000 Hektar auf den Graudenger Bezirk. Der diesjährigen Zwangsenteignung unterliegen 8288 Hektar Gesamtfläche in den Amtsbezirken Rattowitz, Posen und Graudenz. Aus der Liste geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich bei den Aufteilungen um fast ausschließlich gegen das bodenständige Deutschtum gerichtete chauvinistische Kampfmaßnahmen handelt, denn von den 8288 Hektar entfallen allein 7464 Hektar auf deutschen Besitz. Von insgesamt 34 Landeigentümern sind nicht weniger als 28 Deutsche. Eine nähere Untersuchung ergibt, daß im Rattowitzer Bezirk 339 Hektar, im Posener Bezirk 1305 Hektar und im Graudenger Bezirk 6080 Hektar deutschen Bodens in diesem Jahre enteignet werden sollen.

Japan unterstützt den Plan einer Seeabwärtungskonferenz

Tokio. Die japanische Regierung hat den Beschluß gefaßt, durch ihre Botschaften in Washington, London, Paris und Rom die Einberufung einer Seeabwärtungskonferenz zu unterstützen. Die japanische Regierung schlägt vor, daß die Konferenz am 27. Mai nach Genf einberufen werden soll. Die Verhandlungen der japanischen Regierung mit den Großmächten über den Zeitpunkt werden in der nächsten Zeit fortgesetzt. Wahrscheinlich wird Japan auf dieser Konferenz durch den Marineminister Okada und den Admiral Kato vertreten werden.

Folgeschwere Erdstöße in Peru

London. In Lima, der Hauptstadt von Peru, sind Meldungen eingelaufen, wonach durch wolkenbruchartigen Regen, die am Sonntag im Bezirk von Zúmin niedergingen und denen heftige Erdstöße vorausgegangen waren, ein Gebiet von 65 Meilen Ausdehnung in einen See umgewandelt wurde. Man befürchtet, daß in der Nähe von Uchibambia 50 Personen ertrunken sind. Verschiedene Farmen sind durch Erdstöße bis in die Erde versunken, was auf vulkanische Erschütterungen zurückgeführt wird. Bisher sind jedoch in diesem Gebiet keine Vulkane festgestellt worden. Das Rettungswerk wird von dem stellvertretenden Präfekten der Provinz Zúaja geleitet.

Benedikt suchte losse zusammen. Fort war auf einmal der milde Ausdruck der Lippen, der alte Schatten und die alte Feindseligkeit standen wieder drohend dort, und auch die Stimme hatte den weichen, sympathischen Klang verloren, als er finstler fragte: „Sie verachten wohl die Mühe recht sehr?“ Lucie schüttelte unklar, daß sie mit ihren Worten irgendeine dunkle Tiefe aufgerissen, die besser verschlossen geblieben wäre, aber sie kämpfte schon wieder gegen die alte Angst an, die sich aufs neue zu regnen begann, und in ihrem Widerstand dagegen ganz sie schloß sich ins Extrem über und zeigte nun selbst den Gesichtszügen nach Kräfte.

„Ich mag sie auch nicht!“ erklärte sie mit der ganzen Freiheit und der ganzen Unart eines Kindes, „und ich kann überhaupt nicht begreifen, wie ein Mensch es vermag, sich sein Leben lang im Kloster einzusperren und seine Zeit immer nur mit Beten und Lügen hinzubringen, während draußen die Welt so schön ist!“

Benedikt lächelte wieder, diesmal aber lag eine unendliche Bitterkeit in seinem Lächeln.

„Sie können es auch nicht begreifen, weil Sie in Freiheit erzogen und aufgewachsen sind. Hätte man Sie schon als Kind mit Leib und Seele in die Gestalt der Bräuer gegeben, so wären Sie auch ins Kloster gegangen. Ich sage Ihnen, Sie hätten es getan!“ wiederholte er nachdrücklicher, als sie eine heftige Bewegung machte, „unter der Juchtrube bricht jeder Trost und jede Willenskraft, unter ihr leidet sich alles, und wenn es auch dem Wesen des Menschen im tiefsten Innern widerstrebt!“

Es kochte wie dumpfer, mühsam verhaltener Groll aus diesen Worten, aber Lucie geriet förmlich außer sich darüber. Ihr zu sagen, sie wäre auch ins Kloster gegangen! Der Mann schien eine ganz eigentümliche Vorstellung seiner priesterlichen Gewalt zu haben, am Ende versuchte er noch gar, die „Juchtrube“ auch gegen sie geltend zu machen, sie erwartete nichts Geringeres, als einen vollständigen Verleumdungsversuch.

Über nichts denke ich nach, er sagte, „Möchten Sie mir jetzt mein Eigentum zurückgeben?“ fragte Benedikt nach einer Augenblicklichen Pause wieder vollkommen ruhig.

Stumm schloß sich Lucie das Buch hin, dabei berührte seine Hand einen Moment lang die ihrige, sie zuckte unwillkürlich zurück, er bemerkte es.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Untersuchung der Lage des Bergbaues

Die seit einer Woche im Auftrage der Warschauer Regierung in Oberschlesien weilende Spezialkommission zur Feststellung der Konjunkturlage im Bergbau hat ihre Arbeit auf der Giesche- und Cleophasgrube sowie auf der Saturn- und Jowicz-Grube im Dombrowaer Industriegebiet bereits beendet. Im Laufe dieser Woche soll die Rheingrube und die Kozimierz- und Moritzgrube im Dombrowaer Revier sowie eine Grube im Krafauer Revier aufgemacht werden. Von den Grubenverwaltungen wurde konkretes Zahlenmaterial über die Gesteinskosten und den technischen Stand der Betriebe speziell über die Wärme- und Energiewirtschaft verlangt. Ebenso wurden die Verkaufspreise und die Unterhaltungskosten der Kohlentourne einer Prüfung unterzogen. Ende dieser Woche hofft man die Arbeiten soweit gefördert zu haben, daß ein abschließendes Bild vorliegt und der Regierung Bericht erstattet werden kann. Inzwischen verhandelt der Führer der Kommission, Ingenieur Jastrzebski, auch mit den Gewerkschaften über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie sich in den letzten zwei Jahren entwickelt haben. Leider ergeben sich auch bei diesen Verhandlungen Schwierigkeiten, da hierzu Gewerkschaften herangezogen werden, die nicht der Arbeitsgemeinschaft angehören und die Arbeitsgemeinschaft es andererseits kategorisch ablehnt, mit diesen Gewerkschaften gemeinschaftlich zu verhandeln.

Der Antrag auf Haftentlassung Ullig' abgelehnt

Am Freitag vorige Woche reichte der Rechtsbeistand des verhafteten Abgeordneten Ullig, Dr. Baj, beim zuständigen Untersuchungsrichter einen Haftentlassungsantrag ein, der jedoch wie vorauszusehen war, abgelehnt wurde.

Der schmuggelnde Polizeioberkommissar

Er „machte“ in Wiener Seidenwaren. — Die Behörden hüllen sich in Schweigen.

Wie Krafauer Blätter berichten, wurde dieser Tage auf dem Dzierżyński Bahnhof der Polizeioberkommissar Dr. Łaz verhaftet wegen — Schmuggels. So unglaublich das klingt, so ist es doch Tatsache. Polizeioberkommissar Dr. Łaz hatte bei dem Polizeihauptkommando einen exponierten Posten inne und wurde zu einem monatlichen Spezialturlus für höhere Polizeibeamte nach Wien beordert.

Dr. Łaz nahm diese Gelegenheit wahr und verlegte sich auf den Schmuggel von Seidenwaren. Fast jede Woche traf er von Wien in Warschau ein, mit sich ungewöhnlich viel Gepäck führend. Dieses viele Gepäck fiel schließlich auf dem Grenzbahnhof Dzierżyński auf, jedoch nahm man von einer Kontrolle bei dem Herrn Polizeioberkommissar Abstand bis diese sich nicht mehr vermeiden ließ, nachdem das Gepäck immer umfangreicher wurde. Die Kontrolle ergab ein überraschendes Ergebnis, der Herr Polizeioberkommissar nämlich hatte sich in profitorientierter Weise auf das Schmuggeln von Wiener Seidenwaren verlegt. Was für Mengen er nach Polen importiert hatte, geht daraus hervor, daß er etwa 20 mal den Dzierżyński Bahnhof mit großem Gepäck passierte.

Die Krafauer Presse nimmt zu dem großen Aufsehen erregenden Vorfall sehr eingehend Stellung, während die Polizeibehörden sich in ein geheimnisvolles Schweigen hüllen. Sehr begreiflich, denn peinlich ist es schon, wenn ein Polizeioberkommissar beim Schmuggeln erwischt wird. Herr Łaz ist übrigens Dr. jur.

Der neue Präsident des Appellationsgerichtes

Dr. Agnor Frendl wurde zum Vorsitzenden des Appellationsgerichtshofes in Kattowitz ernannt und hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen.

Und doch keine Wölfe ...

Nachdem die „Poliska Jachodnia“ vor einiger Zeit von einer aufregenden Wölfjagd bei Andalusgrube zu berichten wußte, bei der von 40 Polizeibeamten 2 der gefährlichen Tiere erlegt wurden, ferner daß im Teschener Schlesien Wölfe eine Bauersfrau und ein Schulkind zerrissen hatten, machten die Wölfe bei uns Schule. Überall wurden sie gesichtet, selbst bei Bogutskij und Myslowitz sollen sie sich herumgetrieben haben, davon schrieb daselbstes Blatt und erging sich in sehr tiefsinnigen Betrachtungen, wie man Wölfe auszurotten kann.

Und doch soll es mit den Wölfen nichts sein, denn heute erzählt die „Poliska Jachodnia“, daß bis jetzt noch nicht ein einziger Wolf gesehen worden sei. Alle Nachrichten über sie gehören ins Reich der Fabel u. sind lediglich einem Sensationsbedürfnis gewisser Leute zu verdanken. Na ja, das mag schon stimmen. Uns kam die Sache mit den Wölfen sowieso ziemlich spanisch vor, aber nachdem 40 Polizeibeamte 2 Wölfe erschossen, da mußten wir halt daran glauben. Noch viel mehr als wir auch über den grausigen Tod der Bauersfrau in der „Poliska Jachodnia“ lasen.

Wissen möchten wir jedoch, woher dieses Blatt so schön über die Wölfe berichtet wurde. Etwa aus amtlichen Kreisen?

Scharfe Maßnahmen gegen den Schmuggel

Wie verlautet, wollen die Behörden die bereits vorgesehene Maßnahmen gegen den Schmuggel noch verschärfen. — So werden in Zukunft allen Kaufleuten, bei denen Schmuggelware vorgefunden werden, die Gewerbesteuer abgenommen. Man glaubt dadurch den Schmuggel nicht unwesentlich einzudämmen.

Drei Jahre Zuchthaus wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse

Wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse hatte sich vor dem 1. Straßsenat des Breslauer Oberlandesgerichtes der bisher unbefristete kaufmännische Angestellte Georg Mucha, geboren im Jahre 1907 in Deutsch-O.-S., zu verantworten. Der Angeklagte, der zuletzt in Kattowitz bei seinen Eltern wohnte, war in Kattowitz als Verkäufer in einem Dekafestengeschäft tätig und bezog einen Monatsgehalt von 100 Zloty. Er ist preußischer Staatsangehöriger. Das Verbrechen, dessen er beschuldigt war, soll er in Breslau begangen haben.

Das Sprachengesetz des Schlesiens

Polnisch-Oberschlesien ist ein zweisprachiges Gebiet und wurde als solches durch die Genfer Konvention anerkannt. Den deutschsprachigen Bürgern in Polnisch-Oberschlesien ist der Gebrauch ihrer Muttersprache in allen Ämtern, sei es Staats- oder Kommunalämtern garantiert. Auch steht ihnen das Recht zu, im schriftlichen Verkehr mit den Behörden sich der deutschen Sprache zu bedienen und die Behörden sind verpflichtet, ihnen in der deutschen Sprache zu antworten. Laut den Bestimmungen der Genfer Konvention sollte die deutsche Sprache als Amtssprache anerkannt werden, was aber nicht geschehen ist. Nach dem Sprachengesetz vom 16. Januar 1923 bestimmt das vom Schlesiens Sejm beschlossene Gesetz (Artikel 4, 1), daß die Amtssprache in allen Staatsämtern, ferner den Kommunalämtern und allen öffentlichen Institutionen, soweit sie der schlesischen Wojewodschaft unterstehen, als alle öffentlichen Dokumente werden in polnischer Sprache ausgestellt. Jene öffentlichen Dokumente, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in der deutschen Sprache ausgestellt waren, erhalten eine polnische Uebersetzung mit der Bemerkung, daß das Original in der deutschen Sprache ausgestellt wurde. Alle Orts- und Sprachbezeichnungen dürfen nur polnisch lauten. Schriftstücke, die an die Zivilbehörden der schlesischen Wojewodschaft gerichtet werden, können neben der polnischen auch in der deutschen Sprache eingereicht werden. Wird die Antwort auf eine deutsche Eingabe in der polnischen Sprache erteilt, so ist dieser eine deutsche Uebersetzung beizulegen.

Das Sprachengesetz des Schlesiens Sejm bestimmt weiter, daß in den Kreisausschüssen, in den Gemeinde- und Stadtw-

ordnenversammlungen der Gebrauch der deutschen Muttersprache den deutschsprachigen Vertretern erlaubt ist. Die Protokolle, Berichte, Anträge und Interpellationen müssen aber in polnischer Sprache ausgestellt werden. Die Vorrichtung und das Büro dieser Institute bedienen sich nur der polnischen Sprache. Den Staats- und Kommunalbeamten, die die polnische Sprache nicht beherrschen, ist es gestattet, sich bis zum 15. Januar 1926 der deutschen Sprache zu bedienen. Das ist nunmehr hin-fällig, weil wir heute Februar 1929 rechnen und alle deutschen Beamten aus den Ämtern entfernt wurden. So weit es nur nach der Genfer Konvention zulässig war, wurde durch das Sprachengesetz des Schlesiens Sejm der Gebrauch der deutschen Sprache eingeschränkt. Dabei stand es dem Schlesiens Sejm frei, den Gebrauch der deutschen Sprache überall zuzulassen, weil nach dem Organisationsstatut die Regelung der Sprachenfrage zu seinen Kompetenzen gehörte. Er hat seine diesbezüglichen Kompetenzen zum Nachteil der deutschen Sprache ausgenutzt. Im Schlesiens Sejm konnte bis zum 15. Juli 1926 deutsch gesprochen werden, jedoch von da ab hielten die Abgeordneten ihre Reden in der polnischen Sprache. Nur noch in den Sejmkommissionen hörte man zuweilen die deutsche Sprache. Man muß schon sagen, daß der Schlesiens Sejm sich, was Sprachengebrauch anbetrifft, sehr den Wünschen des Weimarerverbandes genähert hat. Wäre die Genfer Konvention nicht da gewesen, so hätte er die deutsche Sprache aus allen Ämtern mit peinlicher Gründlichkeit beseitigt, die ihn bei dem Beschluß des Sprachengesetzes auszeichnete.

M. befindet sich seit dem 22. Juli v. J. in Untersuchungshaft. Die Verhandlung — es wurde nur kurze Zeit verhandelt — endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet.

Kattowitz und Umgebung

Das städt. Budget vom Magistrat angenommen.

Einige Positionen noch erhöht.

Der Kattowitzer Magistrat beschäftigte sich auf einer außerordentlichen Sitzung, die am Freitag abgehalten wurde, ausschließlich mit dem neuen Budget für das Rechnungsjahr 1929/30, welches als einziger Punkt auf der Tagesordnung zur Beratung stand. Nach längerer Durchberatung ist beschlossen worden, die ordentlichen Ausgaben des Budgets um die Summe von 101 400 Zloty und die außerordentlichen Ausgaben um 550 000 Zloty zu erhöhen. Auf diese Weise erfolgt eine Verstärkung der Positionen „Öffentliche Gesundheitspflege und soziale Fürsorge“, sowie „Öffentliche Anlagen, Mt. Arbeiterwohnungen“. Auf der Magistratsitzung wurde ferner unterstrichen, daß sich der Bau einer Schule in der Mosciński-Wohnhaussiedlung in Jalenze als dringend notwendig erweist, wofür im Budget die Summe von 250 000 Zloty als erste Rate einge-seht worden ist. Um einen Budget-Ausgleich herbeizuführen, sind nach den erfolgten Erhöhungen der Ausgaben auch entsprechende, weitere Einnahmen zur Deduktion vorgesehen worden. Das neue Budget weist jetzt in Einnahmen und Ausgaben die Gesamtsumme von 26 488 400 Zloty auf. — Beschlossen worden ist alsdann zusammenhängend mit den Budgetberatungen, zur Deduktion der Mehrausgaben, von den Realsteuern 5 pro Tausend des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke bzw. 100 Prozent von der staatlichen Grundsteuer zu erheben. Es werden also die Sätze unverändert und in der gleichen Weise wie im Vorjahr erhoben.

Nach den vorgenommenen Erhöhungen der vorgenannten Positionen des Haushaltsplans gelangte dieser durch den Magistrat zur Annahme. Die Vorlegung zwecks Bestätigung auf der nächsten Stadtorordnetenversammlung soll nunmehr erfolgen.

Ueble Folgen der Alkoholsucht.

Eine Frau unter Anklage des versuchten Totschlags. — Das Gericht erlennt auf milde Bestrafung.

Zwischen zwei Nachbarn, der Ehefrau Marie M. und einem gewissen Wilhelm S. aus Myslowitz bestand seit längerer Zeit große Feindschaft, welche durch Letzteren hervorgerufen wurde. S. war nämlich seiner Nachbarin unermesslichen Lebenswandel ab. In ihrer Ehre gekränkt, versuchte die Frau Selbstmord zu begehen, indem sie aus dem Fenster ihrer Wohnung springen wollte. Gerade in diesem Moment bemerkte die Ehefrau auf der nebenanliegenden Straße ihren Widersacher herankommen. In der Verzweiflung griff diese nach einem Revolver, welcher im Schreibtisch ihres Mannes lag und feuerte aus dem Fenster mehrere Schüsse ab. Die Augen verfehlten ihr Ziel. Dagegen wurde die des Weges gehende ledige Alara S. leicht verletzt. Die Ehefrau M. stellte sich daraufhin selbst der Polizei. Am vergangenen Freitag wurde vor der Straf-abteilung des Landgerichts in Kattowitz gegen die Frau verhandelt. Die Verhandlung fand auf Wunsch der Angeklagten unter Aufsicht der Defensionsstelle statt. Nach einer etwa einstündigen Beratung ist die Beklagte wegen versuchten Totschlags im Affekt bei Verursachung misserlicher Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt worden. Der Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von drei Jahren gewährt.

Philharmonisches Orchester Kattowitz. Heute, Montag, findet keine Probe statt, dafür Sonnabend, abends 8.15 Uhr, in der „Erholung“, 1. Stad eine außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung, darunter Ergänzungswahlen des Vorstandes und anschließendem gemütlichen Beisammensein.

Bollschußschule Kattowitz. Der englische Kurs für Fortgeschrittene findet jetzt nur einmal wöchentlich, und zwar Mitt-woch, abends von 7—8.15 Uhr, statt. — Der englische Zirkel für Fortgeschrittene — Konversation und Lektüre von Galsworthy „Selected Tales“ — beginnt nach Eingang einer genügenden Anzahl von Meldungen bestimmt Mittwoch, den 27., 8.20 Uhr. Noch Hinzutretende wollen sich bald das Buch bestellen.

Bau einer neuen Grubenbahn. Die Direktion der „Kopalnia Polski“ wendete sich im Laufe vergangener Woche an das Schlesiensche Wojewodschaftsamt zwecks Erteilung der Genehmigung

zum Bau einer neuen Grubenbahn nach der Verladestation Rosdzin. Die Angelegenheit wurde zuständigkeitshalber nach dem Landratsamt in Kattowitz überwiesen, welches in den Untergebäuden der Gemeinden Eichenau und Rosdzin für den Zeitraum von 14 Tagen entsprechende Ausschläge anbringen ließ. Alle diejenigen Personen, die gegen den projektierten Gruben-bahnbau irgendwelche Einwendungen erheben wollen, werden ersucht, sich unverzüglich beim Landratsamt zu melden.

Zeugen werden gesucht. Kürzlich wurde eine 60jährige Frauensperson an der Ede Nawelska und ulica 3-go Maja in Kattowitz von einem Personenauto angefahren. Es werden Zeugen gesucht, welche bei dem Vorfall zugegen waren und über die Autokennzeichen, nähere Angaben machen können. Solche sollen beim 1. Polizeikommissariat auf der ulica Mińska 4 in Kattowitz gemacht werden.

Unfall eines jugendlichen Arbeiters. Während der Arbeit geriet der jugendliche Arbeiter Alfred Leif aus Bogutskij mit einer Hand in den Seilaustrich, sodaß diese gedroht wurde. Man überführte den Verunglückten nach dem Knappschafslazarett in Kattowitz.

Große Geldstrafen für Schmuggler. Beim Aussteigen aus einem Personenauto wurden an der Bahnstation in der Ortschaft Jendzior bei Myslowitz drei verdächtige Personen beobachtet und verfolgt. Vor einem Hause wurden diese drei von zwei Polizei-beamten festgenommen und Patente, enthaltend insgesamt 2600 Stück deutsche Zigaretten, beschlagnahmt. Vor der Zollstrafammer des Landgerichts in Kattowitz hatten sich lebstin die Schmug-gler, und zwar die Arbeiter Johann St. aus Hohenlohehütte, Viktor G. aus Niska und die ledige Rosalie M. aus Jendzior wegen Schmuggel zu verantworten. Die Angeklagten verlegten sich auf Ausreden. Das Gericht erkannte die Beklagte für schuldig und verurteilte Johann St. zu einer Geldstrafe von 20 000 Zloty, Viktor G. zu 10 000 Zloty sowie die Rosalie M. zu 5000 Zloty. Die Konfiskation der Schmuggelware wurde aufrechterhalten.

Zawodzie. (Aus der Partei.) Am Sonntag fand hier eine sehr gut besuchte Distriktsversammlung der D. S. A. P. Groß-Katowice statt, an welcher auch die Freigewerkschaftler teilnahmen. Gen. Jachisch eröffnete die Versamm-lung und gedachte des verstorbenen Gen. Schwob und er-mahnte die Mitglieder sich dessen Schaffen als Vorbild zu nehmen. Die Versammlung ehrte das Ableben des Gen. Schwob durch Erheben von den Plätzen. Hierauf referierte Gen. Komoll über die politische Lage, streifte u. a. die Auf-lösung des Schlei. Sejms, den abgeblasenen Generalsstreik der Bergarbeiter und forderte die Genossen auf, tatkräftig mitzuarbeiten, denn wenn der Arbeiter endlich einsteht, daß nur eine geschlossene Front, d. h. Organisation bei der so-zialdemokratischen Partei eine Verringerung der heutigen Ge-sellschaftsform bringen kann, dann werden wir bei den kommenden Sejmwahlen evtl. auch siegen. Dabei sind die Genossen aber verpflichtet, schon in der Familie den soziali-stischen Gedanken zu verbreiten, indem man nicht bürgerliche, sondern unsere Arbeiterzeitung den „Volkswille“ abonniert. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen. Nach einer regen Diskussion, die sich im Rahmen des Re-ferats hielt, bekam Gen. Komoll das Schlusswort, um ver-schiedenes richtig zu stellen und schloß mit den Worten „die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch diese selbst kommen.“ Nachdem unter Verschiedenem der Delegierte zum Bezirksstad gewählt wurde, gab Gen. Kurz den Be-schluss des Kattowitzer Kreisvereins betreffs Beitrags-erhöhung, Fahrenfondsmarke und die Anschaffung einer Fahne bekannt. Die Versammlung brachte 15 Resolutio-nen und zwanzig neue Leser des „Volkswille“. Mit einem kräftigen Applaus an die Anwesenden zur Förderung der Partei und des „Volkswille“ schloß Gen. Jachisch die Sitzung.

Königshütte und Umgebung

Aus der Magistratsitzung.

In der letzten Magistratsitzung fand eine Eingabe des Hausbesitzervereins zur Beratung betreffend der Wahl von Beisitzern für das Mietseingangsamt. Am Jahresanfang hatte der Hausbesitzerverein eine Kandidatenliste eingereicht, die vom Magistrat mit einer einzigen Verringerung angenommen wurde. Die Stadtorordnetenversammlung jedoch wählte die alten Beisitzer, worauf der Verein den Protest beim Magistrat ein-legte. Da jedoch die gewählten Beisitzer zur Genehmigung der Aufsichtsbörse namhaft gemacht wurden, hat der Magistrat die Eingabe abgelehnt. — Den Haushaltungsschulen an den Volksschulen 5, 9, 10, 12, 13 und 15 wird die bisherige Subven-

Börsenkurse vom 18. 2. 1929

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	{ amtlich = 8,91 zł frei = 8,92 zł
Berlin . . . 100 zł	= 47,058 Rml.
Kattowig . . . 100 Rml.	= 212 50 zł
1 Dollar	= 8,91 zł
100 zł	= 47,058 Rml.

tion von 250 Floty nur noch bis zum 1. März d. Js. gewährt. Vom 1. April ab wird nach dem neuen Budget die Summe auf 200 Floty reduziert. — Die vom Unterrichtsministerium angelegte Bezahlung von 10 Prozent für Ueberschüssen für die Lehrer des Mädchengymnasiums und der Handelsschule werden nur für das Jahr 1928 nachgezahlt, die Bezahlung für das Jahr 1927 fand Ablehnung, weil dafür im Haushaltsplan keine Deckung vorhanden ist. — Nach der Beförderungsordnung werden die Mannschaften der städtischen Berufsfeuerwehr vom 1. Januar d. Js. in höhere Gruppen eingereiht. — Ferner wurde beschlossen, die Witwe Anna Wiciorczak in das Altersheim aufzunehmen.

Apothekendienst. Den Nachdienst in dieser Woche versehen: im nördlichen Stadtteil die Apothekerin an der ulica 3-go Maja, im südlichen Stadtteil die Johannesapothekerin an der ulica Kattowicka.

Ausschreibung. Der Magistrat Königshütte hat die im städtischen Häuserblock an der ulica Hajduka auszuführenden Ofenarbeiten ausgeschrieben. Interessierte Firmen können entsprechende Offerten bis zum 11. März, vormittags 11.30 Uhr, an das städtische Bauamt an der ulica Siemowita 1, Zimmer 26, einreichen. Die näheren Bedingungen können daselbst gegen eine Gebühr von 2 Floty eingesehen werden.

Wer ist der Verlierer? Im Kreisamt in Bismarckhütte wurde ein Geburdschüssel als gefunden abgegeben. Der Eigentümer kann sich daselbst nach Geltungmachung seiner Eigentumsrechte während den Stunden von 8—13 Uhr zum Empfang melden.

Ein Zusammenstoß. Ein aus der Einfahrt des Hauses Nr. 7 an der ulica Hajduka herausfahrendes Fuhrwerk des Besitzers Vincent Spinczyk wurde von einer Straßenbahn erfasst, wobei das Pferd umgeworfen und der Wagen erheblich beschädigt wurde. Der Fuhrmann kam zum Glück mit dem Schrecken davon.

Aus der Polizeichronik. Frau Agnes Jaschniol brachte bei der Polizei zur Anzeige, daß ihr ein gewisser L. aus Königshütte Beiden, Bekleidungs- und Bekleidungsgegenstände im Werte von 479 Zl. gestohlen hat, ferner mehrere Eleonore Konieczny, daß ihr eine gewisse Marie W. aus Königshütte einen Trauring im Werte von 20 Zl. gestohlen hat.

Siemianowik

Eine doppel-goldene Hochzeit feierten am Sonntag in der St. Antoniuskirche die Eheleute Robert und Maria Sperlich und die Eheleute Braulich in rüstiger Gesundheit.

Das neue Jahresbudget für das Geschäftsjahr 1929/30, ab 1. 4. 1929 bis 31. 3. 1930, liegt in der Zeit vom 16. Februar bis 3. März im Zimmer 12 der Gemeinde Siemianowik zur öffentlichen Einsicht aus.

Vom Standesamt. In der Zeit vom 9. bis 15. Februar wurden geboren 7 Knaben und 12 Mädchen; gestorben sind in dieser Zeit 6 männliche und 8 weibliche Personen.

Unglücklich gestürzt ist am Freitag die 70-jährige Frau Johanna Moczol von der ul. Głowackiego, wobei sie sich den rechten Arm brach.

Unfälle. Beim Zerkleinern von Holz in der Lauruschütte sprang dem Arbeiter Valentin P. ein Holzstück gegen den rechten Arm und stieß ihm einen Unterarmbruch bei. Er wurde ins Hüftenlazarett geschafft. — Desgleichen zwei Arbeiter W. in der Hölzwerkstatt eine Fräsmaschine zwei Finger an der linken Hand auf; auch W. mußte ins Lazarett geschafft werden.

Myslowik

Die Ueberfüllung der Schule 1 und 2 in Myslowik.

Auf dem Plac Wolności in Myslowik steht ein altes Schulgebäude, die Volksschule 1 und 2, wofür auch die deutsche Minderheitsschule untergebracht ist. Sie liegt neben der städtischen Gasanstalt, die durch ihre Ausdünstungen die Luft verpestet. Das ganze Schulhaus, das durch die Hälfte getrennt ist, war ursprünglich für 900 Kinder gedacht als es gebaut wurde. So war es auch vor dem Kriege gewesen, jetzt ist es ganz anders. Die erwähnte Schule wird von 1503 schulpflichtigen Kindern besucht. In demselben Schulhause befindet sich noch die Fortbildungsschule mit 13 Abteilungen und 350 Schülern. Außerdem wurden in der Schule vier Schulklassen an das deutsche Gymnasium verpackt, wo Unterricht in Handelsfächern erteilt wird. Nebenbei unterrichtet dort die Pfarre alle Schulkinder, die zur ersten heiligen Kommunion gehen. Wohl keine andere Schule wird so viel benützt, wie die beiden genannten Schulen. Der Schulunterricht beginnt um 8 Uhr morgens und um 8 Uhr abends sind noch die meisten Klassen mit Schülern vollbesetzt. Auch die weit größere Hälfte der deutschen Kinder wird am Nachmittage unterrichtet. Tatsächlich sollte diese Schule wegen der unmittelbaren Nähe der Gasanstalt aufgegeben werden, weil die ausströmenden Gase auf die Gesundheit der Schulkinder schädlich wirken, aber diese Schule kann nicht entbehrt werden, weil man sonst die Kinder nirgends unterbringen könnte. Am besten ist noch die Schule 3 daran, die außerhalb des Stadtgebietes gelegen ist; sie befindet sich nämlich in Städtisch-Janow. Die Schule 3 wurde für 350 Kinder gebaut, wird aber jetzt von 450 Kindern besucht. Die Ueberfüllung ist auch hier sehr groß, doch ist sie noch lange nicht so vollgepackt mit Kindern wie die vorerwähnten. Sie wird von den Kindern aus Städtisch-Janow, aus Rosalienhütte und aus der Waldgemeinde Emol besucht. Die Kinder aus Emol müssen einen weiten Weg machen, bis sie die Schule erreichen. Aus den entlegenen Häusern Emols sind es bis zu der Schule 5 Kilometer, was insbesondere in der Frostzeit von den Kindern sehr unangenehm empfunden wird. Die Kinder gleichen mehr Eisklumpen als Lebewesen, wenn sie früh in die Schule kommen. Da reichlich ein Drittel aller Kinder in Emol wohnen, wäre es am Platze, an den Bau einer Volksschule in Emol zu denken. Man denkt wohl auch daran, hat aber kein Geld für ein neues Schulhaus in Emol.

Beratungsstelle für Lungenkranke. Die große Krankheit, die Tuberkulose greift verheerend um sich. Sie ist eine treue Gefährtin der ärmeren Volkschichten, insbesondere fühlt sie sich in den Kreisen der Arbeitslosen und Armen sehr wohl. Gegen diese gefährliche Krankheit wird bei uns

Boxkampfmeisterschaften der Faustkämpfer

Ein Rekordkampfabend von 7 Stunden — Am ersten Abend 36 Paare im Ring — Den Pokal der Stadt Myslowik erringt der B. A. S. Kattowik

Am gestrigen Sonntag wurden die Boxkampfmeisterschaften der Boxkampfmeisterschaften beendet. Es wurden 60 Kämpfe in drei Serien ausgetragen. Die Boxkämpfe dauerten 7 Stunden, und zwar bis 3 Uhr morgens. Die Zwischenkämpfe wurden gestern von 11—14 Uhr und die Endkämpfe am Abend durchgeführt. So eine große Anzahl von Kämpfern hatte sich noch nie gemeldet und da es an Zeit mangelte, konnten die Meister im Leicht- und Weltergewicht noch nicht ermittelt werden. Die Endkämpfe um die Meisterschaft in diesen Klassen finden am 2. März in Kattowik, und zwar im Leichtgewicht zwischen Porada-Orzegow und Woschnit-B. A. S. Kattowik, im Weltergewicht zwischen Wende-Polizei Kattowik und Kowollit-B. A. S. Kattowik statt.

Ein wie großes Interesse dem Boxsport entgegengebracht wird, zeigte der überfüllte Saal. Zu den Zwischenkämpfen am Sonntagvormittag erschienen an die 300 Zuschauer und zu den Endkämpfen am Abend mußten viele wieder umkehren, da der Saal vollständig überfüllt war.

Im Ganzen fanden die Kämpfe auf einer sehr hohen Stufe. Um die Meisterschaft starteten sehr viele Neulinge von erst vor kurzer Zeit entstandenen Boxsektionen, die sich alle sehr gut bewährten, ja sogar Ueberraschungen brachten, indem sie Favoriten in ihren Klassen, wie Mularczyk (09-Myslowik), Hermet (06-Myslowik) und Kuleffa 1 (06-Myslowik) aus dem Felde schlugen. Die Neulinge repräsentierten alle ein physisch gut gebautes Material, eine furchtbare Härte im Nehmen, und vor allem eine Ausdauer, nur daß ihnen noch die Ringführung fehlt. Eines steht fest: wenn viele dieser Neulinge in gute Trainerhände kommen, dann wächst bestimmt aus etlichen von ihnen so mancher Stern heraus. Von der alten Garde kämpften wie immer mit Bravour Moczol 1, Pyta, Gorny und Wiczorek, welcher den polnischen Meister im Mittelgewicht einen furchtbaren Kampf lieferte und eine ebensolche Niederlage zufügte. Alle qualifizierten sich für die Endkämpfe und errangen ihre Titel erneut erst nach schweren Kämpfen verdient. Die Stadt Myslowik stiftete einen Wanderpreis in Form eines silbernen Pokals, welchen der Verein erhält, der die meisten Titel erringt. In diesem Jahre fiel er dem B. A. S.-Kattowik zu, welcher mit nicht weniger als 10 Kämpfen in die Endrunde kam, ja es wurden sogar in manchen Gewichtsklassen zwei Vereinskameraden der Gegner. In den diesjährigen Boxkampfmeisterschaften nahmen 9 Vereine teil und zwar: B. A. S.-Kattowik, Orzegow 27, Polizei-Kattowik, 06- und 09-Myslowik, Slavia-Ruda, Stadion-Königshütte, Bogklub-Bismarckhütte und Kowoj-Kattowik. Nicht teilgenommen haben: Kapzob-Lipine, Gwiazda-Rybnik, Bogklub 28-Laurahütte und Bogklub-Königshütte.

Der Verband hatte die diesjährigen Meisterschaften dem B. A. S. 09 Myslowik übertragen und sich nicht getäuscht. Denn die recht schwere Organisation wurde zu aller Zufriedenheit vom oben genannten Verein gelöst.

Als Ringrichter fungierten die Herren Landel aus Lodz und Snoppel aus Kattowik. Durch ihre objektiven Entscheidungen erwarben sie sich bei den Kämpfern und vor allem bei den Zuschauern große Sympathien. Ringrichter waren die Herren Dr. Niffa 06 Myslowik und Spiegelmann (B. A. S. Kattowik). Außer dem Fehler, welchen die Ringrichter in dem Kampf zwischen William (Kattowik) und Kuleffa (Myslowik) machten sie bei den anderen Kämpfen keinen Fehler. Das sie gerecht punkteten, zeigt davon, daß von 60 durchgeführten Kämpfen kein einziger Protest in Protestkommission einlief, wovon am meisten die letztere befriedigt war. Die Kämpfe selbst.

Vorrunden.

Papiergewicht.

In drei Runden stiegen nach Punkten: Moczol II (B. A. S.) seinen Klubkameraden Rebel. Kzianzel I (06 Myslowik) — Richter (B. A. S.) und Strzaj (06) — Wojdala (Slavia). Der vielversprechende Michalski (B. A. S.) schlug seinen Gegner Pawlas (06) schon in der 1. Runde l. o.

viel zu wenig unternommen und daher sind die Opfer der Tuberkulose erschreckend groß. Wir haben in Polnisch-Oberschlesien keine einzige Heilanstalt für Lungenkranke und dabei ist beinahe jeder dritte Arbeiter lungenkrank. Es beginnt immer mit dem Lungenpneumotax und bei einer ungenügenden Ernährung dehnt sich die Krankheit immer weiter aus, bis sie die Lunge ganz ergreift. Die meisten Arbeiter wissen nicht einmal, daß sie lungenkrank sind, vernachlässigen ihre Gesundheit und wenn sie dann zum Arzt gehen, ist es gewöhnlich zu spät. Das Volk muß über die Gefahren, welche von dieser Seite die Menschheit bedrohen, aufgeklärt werden und das soll die Schule und die Gemeinde befolgen. In der letzten Zeit gehen die Gemeinden daran, die Seuche zu bekämpfen, doch sind das erst nur schätferne Versuche.

In Myslowik wurde in der Strumilowskistrasse eine Beratungsstelle für Lungenkranke aktiviert, die sich jedoch bis jetzt keines großen Zuspruches erfreute. Das kam davon, daß sie in einer toten Straße untergebracht war, wo selten jemand vorbeigeht und sie fiel auch niemandem auf. Selbst in Magistratskreisen wurde eingesehen, daß das keine geeignete Stelle war und man suchte nach anderen Lokalitäten, die auch gefunden wurden. Nun wird die Beratungsstelle in ein neues Lokal übergeführt, das in der Schulstrasse 3, gegenüber dem Polizeikommissariat gelegen ist. Vorläufig sind es dort zwei Zimmer, die für diese Zwecke bereitgestellt sind, aber bald werden es 5 Zimmer sein, die der Beratungsstelle zur Verfügung stehen werden. Die Stadt wird dort auch eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke einrichten.

Republik Polen

Der Wahnsinnige mit dem abgeschlagenen Menschenkopfe.

Eine schauerhafte Nachricht wird aus der Stadt Jaroslaw gemeldet. Vor mehreren Tagen wurde auf den dortigen Straßen ein phantastisch gekleideter Mann beobachtet, der u. a. auf dem Hute zwei Schilde trug, auf denen die römischen Ziffern I. und X. vermerkt waren. Die Kleidung des seltsamen Menschen zeigte Blutflecke. Die Polizei hielt ihn an und veranlaßte eine Revision.

Etwas Schreckliches wurde nun festgestellt. In der Tasche, die der Mann bei sich trug, befand sich ein bluttriefender Menschenkopf. Die Untersuchung stellte fest, daß es sich um einen ge-

Mittengewicht.

Jaszczyk (B. A. S.) verlor nach Punkten gegen Brachamski (Slavia Ruda). Gleichfalls nach Punkten siegte Prystollit B. A. S. gegen Wielki (09). Gawlita (Stadion) gab in der zweiten Runde gegen Dugas (09) auf. Moczol I (B. A. S.) kam billig zum Sieg, da sein Gegner nicht mit ihm kämpfen wollte.

Schwergewicht.

In diesem Gewicht sah man keine Ueberraschungen. In den 5 Treffen siegten nach Punkten: Wyrbanicz (B. A. S.) über Kuska (Bismarckhütte), Pawlika B. A. S. über Otto (Stadion), Tassarel (B. A. S.) über Panterz (06), Kruppa (09) über Müller (Polizei), Rajdas (06) über Horoba (Slavia) und Pyta (B. A. S.) wollte der Gegner aus Angst auch nicht antreten.

Federleichtgewicht.

Wenzel (Bismarckhütte) unterlag nach Punkten gegen Orzegowski (09). Gorny (B. A. S.) zwang seinen Gegner schon in der ersten Runde zur Aufgabe. Sebesta (06) schlug schon in der ersten Runde Sekula (Stadion) l. o. Kaszynski (09) konnte erst nach schwerem Kampf einen Punktsieg über seinen Gegner Korzyniec (Bismarckhütte) erringen.

Leichtgewicht.

Von den 7 Leichtgewichtskämpfen endeten 4 mit Blitzschnellen l. o.'s und zwar: Woschnit-B. A. S. schlägt Moczol 06 in der 1. Runde l. o. Heisler-06 siegt gleichfalls in der 1. Runde durch l. o. über Papoz-Bismarckhütte. In der 2. Runde siegt durch l. o. Jaleta-Stadion — Korus-Rozwoj, Porada-Orzegow — Adamiech-Slavia. Der Kampf zwischen den beiden Anfängern Bonania-Bismarckhütte und Mitula-Stadion ging sogar über 5 Runden und brachte erst nach diesen dem tapferen Bonania den Sieg. In dieser Klasse kämpften nicht nur Vereinskameraden, sondern sogar zwei leidenschaftliche Brüder Moczol 1 und 2 aus Orzegow. Der ältere Bruder Moczol 1 trug den Sieg davon. Gawlita-B. A. S. punktete seinen Gegner Jientel-B. A. S. nach bestem Kampfe aus.

Weltergewicht.

Hier gab es drei Ueberraschungen, und zwar am meisten für das Myslowiker Publikum, denn drei ihrer Favoriten wurden geschlagen und scheiden aus den weiteren Kämpfen aus. Und zwar mußten sich von Anfängern als geschlagen bezeichnen: Mularczyk-09 von William-B. A. S., Hermet-09 von Kotula-Stadion sowie Kuleffa 1 von Schmann-B. A. S. Schmitt hatte sich in dieser Konkurrenz nur noch Kuleffa 2, der seinen Gegner Kloska-09 in der zweiten Runde l. o. schlug. Wende-Polizei siegte über seinen Klubkameraden Gonca nach Punkten. Gabzdy-Polizei unterlag gegen Kowollit-B. A. S. durch technischen l. o. in der dritten Runde.

Mittelgewicht.

Nach zwei schweren Kämpfen zwischen Anfängern und zwar Szegzka (06) gab in der ersten Runde gegen Latoska (Stadion) auf. Wiel (Polizei) gab gleichfalls in der zweiten Runde gegen Spiollet (Stadion) auf. Der Hauptkampf kam erst zwischen Wiczorek (B. A. S.) und dem polnischen Meister Gertwein (09) zum Austrag. In einem schönen Stil schlug Wiczorek seinen Gegner in zweiten Runde für die Zeit zu Boden und gilt als Favorit dieser Klasse.

Halbschwergewicht.

Schon im ersten Treffen begnugte sich die Favoriten dieser Klasse. Gruska (B. A. S.) verlor seinen Titel in der zweiten Runde durch l. o. gegen Zimniowski (Orzegow). Den letzten Kampf dieser Wage und des Abends bestritten zwei Klubkameraden Kulpanek und Niesobski (Stadion). Sieger nach Punkten wurde Niesobski. Die Endkämpfe erscheinen in der nächsten Nummer.

wissen Leon Szyja im Alter von 27 Jahren handelt. Er wurde erst kürzlich als „unschädlicher“ Geisteskranker aus der psychiatrischen Anstalt in Kulparowo entlassen.

Nach Hause zurückgekehrt, zeigte der Wahnsinnige gleich, wie „unschädlich“ er ist, nahm einen Eisenstab und erschlug hiermit hinterläßt den Arbeiter Wam Knapp in der ul. Parna in Jaroslaw. Dann nahm er ein Weil, schlug dem Mischelnden den Kopf ab, legte ihn in seine Tasche und folgte damit auf den Straßen der Stadt herum, bis die Polizei ihn verhaftete. Hier erklärte der Wahnsinnige, daß ihm „der Erzengel Gabriel befohlen hätte, den Kopf des Knapp abzuschlagen, denn darin sähe der Teufel“.

Solche oder ähnliche Zerrinnige laufen in Polen 20 000 frei herum.

Deutsch-Oberschlesien

Hindenburg. (Ein Todesopfer des Selbstmörders Wons.) In der Sonabendnacht verstarb im Hindenburg-Krankenhaus der durch den Selbstmörder Wons am Mittwoch durch einen Bauerschuh schwerverletzte Viktor Klemons von hier. Wons hatte beinahe am fraglichen Tage in einem Anfall von Eifersucht seine Frau und drei weitere Personen schwer verletzt, eine andere Frau leicht verletzt. Die anderen Verletzten befanden sich auf dem Wege der Besserung.



„Halten Sie sich fest, Mann. Aber nehmen Sie sich in acht. Es ist geladen!“ („Humorist.“)

Kämpfe in Indien

Von Elias Hurwitz.

Das Jahr 1929 wird für Indien besonders bedeutungsvoll werden. Das ergibt sich schon daraus, daß England, als es sich im Jahre 1919 veranlaßt sah, in Indien die Anfänge einer politischen Selbstverwaltung einzuführen, die Geltungsdauer dieses Versuchs auf zehn Jahre bestimmte, um dann das endgültige politische Regime Indiens festzustellen. In Indien blüht daher alles politisch Interessierte der Entwicklung dieses Jahres mit der größten Spannung entgegen. Die Frage ist nicht nur die: Welche politische Form England nun für Indien wählen wird, sondern für einen Teil der indischen Politiker: Wird England sein Versprechen überhaupt einlösen? Das ist der Scheidepunkt zwischen den Anhängern Gandhis einerseits und dem sogenannten radikalen Flügel andererseits.

Wie sehr die oben formulierten Fragen die Gemüter in Indien beschäftigen, geht bereits aus den Kämpfen hervor, die sie auf dem letzten Indischen Nationalkongress verursachten, der gleich zu Anfang dieses Jahres in Kalkutta abgehalten wurde. Gandhi verlangte die Erhebung Indiens zu einem Dominion — also seine Gleichstellung etwa mit Kanada oder Australien; immerhin trat er also für das Verbleiben Indiens im Bestande des Britischen Weltreiches ein — aber unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Dominialverfassung von dem britischen Parlament Indien „noch im Laufe des gegenwärtigen Jahres“ gewährt werde. Trotz dieser Einschränkung löste die Entschlie-
ßung Gandhis, die bekanntlich die Mehrheit der Stimmen auf dem Kongress erhielt, auf Seiten der radikalen Delegierten einen Sturm der Entrüstung aus und sie schrien ihre gemäßigten Gegen-
ner mit „Verrat“ und „Betrüger“ an. Wie dem auch sein mag: jene Entschlie-
ßung bedeutet die vorläufig letzte Etappe des indischen Nationalkampfes und zugleich eine Tatsache, die England auf harte Probe stellt. Denn zurück kann nun England nicht mehr; Indien aber die Dominialverfassung mit einem Schlage zu gewähren, ist ein Schritt, der für das Inselreich unverkennbare außenpolitische und wirtschaftliche Gefahren bedeutet, da Indien dann aus einer Kolonie sich de facto in einen selbstständigen Staat verwandeln würde.

Die Situation wird für England nicht unerheblich dadurch erschwert, daß neuerdings zwischen den Hindus und den Mohammedanern Bestrebungen im Gange sind, die auf einen politischen Ausgleich abzielen, so daß England den Gegensatz zwischen diesen beiden Hauptkräften Indiens nicht mehr in der alten Rücksichtslosigkeit auspielen kann. Zwar: der religiöse Gegensatz zwischen Hindus und Muslims ist immer noch von leidenschaftlicher Schärfe, wie die blutigen Kämpfe in Bombay zeigen. Das weiß jeder, der in Indien gereist ist. Der Hinduismus hat eine starke Einneigung zum Pantheismus (Weltglauben) — der Islam ist streng monotheistisch (Ein-Gott-Glaube). Dieser Gegensatz prägt sich in sehr vielem schon im tagtäglichen Leben aus. In den indischen Tempeln herrscht ein buntes Gepränge: laut beten Büßer, laut studieren Lehrer mit ihren Schülern im Chöre, in den Höfen ertönt Musik und buntbemalte Elefanten reiten an der Spitze ihrer Missetäter für Gaben dar. In den Moscheen hingegen herrscht Grabesstille, und nur ein Geflüster der Betenden ist hörbar. Ebenso bei Leichenprozessionen. Die Hindus erkennen nicht, wie die Muslims, die Majestät des Todes an: der Tod ist für sie nur eine Verwandlung des Körpers; und so ist ihre Leichenverbrennung begleitet von Musik und fröhlichem buntem Treiben, über das sich die Mohammedaner beklagen, weil es deren Gottesdienst stört. Irgendeits werfen die Hindus den Muslims vor, daß diese die Kuh, das heilige Tier, schlachten.

Die Streitigkeiten über diese Gegenstände hören nicht auf und sind heute ebenso stark wie vor Jahrhunderten. Mahatma Gandhi, der große Führer der indischen Freiheitsbewegung, hat schon früher erkannt, welche Gefahren all diese religiösen Zwistigkeiten für das von ihm angestrebte „Swaraj“, d. h. die Selbstverwaltung Indiens darstellen; schon seit Jahr und Tag bemühte er sich daher, auf eine Versöhnung der Hindus und der Mohammedaner hinzuwirken. Und es scheint, daß in letzter Zeit seine Bemühungen — und der Fortschritt der politischen Erkenntnis unter den Gebildeten Indiens — Früchte tragen wollen. In der Tat, der indische Verfassungsentwurf, den die sog. Nehru-Kommission aufgestellt hat, d. h. die Kommission unter Vorsitz von Pandit Motilal Nehru, den Führer der nationalindischen Opposition, schaltet das religiöse Moment völlig aus; es soll weder eine Staatsreligion geben noch soll irgendein Glaubensbekenntnis durch öffentliche Mittel unterstützt werden; niemand darf um seines Glaubens willen vom Staatsdienst ausgeschlossen werden. Ebenso verständlich zeigte sich aber auch die allmohammedanische Konferenz, die gleichzeitig mit dem oben erwähnten Indischen Nationalkongress im Anfange dieses Jahres unter dem Vorsitz von Aga Khan abgehalten wurde. Sie lehnte es zwar ab, zu den großen politischen Fragen der indischen Selbständig-

keit Stellung zu nehmen, verlangte nur eine durchaus gleichberechtigte Vertretung der mohammedanischen Interessen bei jeder Reform der indischen Verfassung und einen entsprechenden Schutz des kulturellen und sprachlichen Eigenlebens der Mohammedaner in Indien. Mit anderen Worten: die allmohammedanische Konferenz stellte den indischen Politikern im übrigen eine Blankschelle aus. Gewiß sind damit alle inneren Streitfragen nicht aus der Welt geschafft; man denke nur an die Frage: in welcher Sprache im künftigen indischen Parlament verhandelt werden soll. Aber dennoch stellen diese Ausgleichsbestrebungen auf politischem Gebiet eine äußerst wichtige Etappe dar, die der Beobachter hervorheben muß.

Indessen, gerade vom sozialen und namentlich sozialistischen Standpunkt aus darf auch noch eine andere innere Frage nicht

unerwähnt bleiben. In Indien gibt es ein zahlreiches Proletariat im wahren, im gesteigerten Sinne dieses Wortes, den Europa nicht mehr kennt: die Parias, schon deren Berührung nach religiösen Vorschriften verunreinigt. Das Kastenwesen ist das größte soziale Übel Indiens, das natürlich auch seine politischen Rückwirkungen hat, da die niederen Kasten zunächst nur an die Beseitigung der nackten Not denken. Nur Gandhi wagte es, hier eine Milderung der Gegensätze zu verlangen — und auch das trug ihm den Zorn der Brahminen ein; die Grundlagen des Kastenwesens selbst wagte auch er nicht anzutasten. Ein schädlicher Versuch, das Kastenwesen von Staats wegen zum mindesten zu ignorieren, kann auch aus dem erwähnten Nehru-Entwurf herausgelesen werden. In seinen sozialpolitischen Bestimmungen aber verlangt dieser Entwurf freien Elementarunterricht, Koalitionsrecht und ein Existenzminimum für jeden Arbeitenden. So wird es überaus wichtig sein, neben der politischen künftighin auch die soziale Entwicklung Indiens, namentlich aber das Problem der Kasten, zu verfolgen.



Der noleidenden Bevölkerung von Wien

die von der grimmigen Kälte hart getroffen ist, werden von fahrbaren Feldküchen der österreichischen Bundeswehr Tee und Brot verteilt.

Um die Freiheit der Versammlungen

Das Versammlungsgesetz im Verfassungsausschuß

Der Verfassungsausschuß des Sejm bearbeitet gegenwärtig den Entwurf eines Versammlungsgesetzes. Dieses Gesetz hat bereits seine lange Geschichte im polnischen Parlament. Schon im vorigen Sejm wurde sehr ausgiebig über dieses Gesetz beraten und gestritten. Infolge der Gegenständigkeit des Standpunktes der Rechten und der Linken konnte jedoch niemals eine Einigung erzielt werden und so wurde die Annahme dieses Gesetzes immer wieder von der einen oder der anderen Seite verhindert. Als endlich im letzten Tätigkeitsjahr des alten Sejm ein Kompromiß zustande kam, war es die Regierung, die durch vorzeitigen Sessionsbeschluß eine Beschlußfassung verhinderte.

Indessen liegen die Verhältnisse in Polen so, daß eine einheitliche gesetzliche Regelung des Versammlungswezens eine dringende Notwendigkeit ist. Heute herrscht in dieser Beziehung ein vollständiges Chaos. In jedem Teilgebiet bestehen andere Vorschriften. So haben wir ein russisches, ein preussisches und ein österreichisches Versammlungsrecht sowie für die Ostgebiete eine Sonderverordnung des Generalkommissars aus dem Jahre 1919. Besonders in den Ostgebieten herrscht in dieser Beziehung ein ganz unheilvoller Zustand. Die dort geltenden Vorschriften sind derart hart, daß praktisch die Abhaltung von Versammlungen, sogar der Abgeordnetenversammlungen, ganz unmöglich gemacht worden ist. Um der Willkür der Behörden ein Ende zu machen und endlich ein einheitliches, für den ganzen Staat geltendes Versammlungsrecht zu schaffen, haben die sozialistischen Abgeordneten einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der dem Verfassungsausschuß überwiesen wurde.

In der Donnerstagssitzung des Verfassungsausschusses gelangten die einzelnen Artikel des Entwurfes zur Beratung. Abgeordneter Kronig, der diesem Ausschuß als Vertreter der D. S. U. P. angehört, nahm zu dem Entwurf Stellung und beantragte eine Reihe von Verbesserungen, die darauf abzielen, das Recht

der Staatsbürger auf völlige Versammlungsfreiheit im Gesetz zu verankern. Abg. Kronig vertrat die Ansicht, daß das Versammlungsrecht keinerlei Beschränkungen unterliegen dürfe, daß somit die Einberufung einer Versammlung weder von einer Erlaubnis der Behörden abhängig gemacht, noch der Anmeldepflicht unterliegen dürfe. Demzufolge verlangte unter Vertreter die Streichung der Artikel 2 und 3 des eingebrachten Entwurfes. Mit der Streichung des Art. 3, der für die Abhaltung von Versammlungen unter jedem Himmel die Genehmigung der Behörde voraussetzt, erklärten sich die anderen Kommissionsmitglieder sowie auch der Vertreter der Regierung einverstanden. Die zweite Forderung des Abg. Kronig, die sich darauf bezog, daß sämtliche Versammlungen auch ohne jede Anmeldung bei der Behörde abgehalten werden dürfen, stieß jedoch auf den Widerstand der Mehrheit. Um nun wenigstens den Arbeitnehmern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen das freie Versammlungsrecht zu sichern, beantragte Abgeordneter Kronig nachfolgenden Zusatz zu Art. 2:

„Versammlungen der Arbeiter und Angestellten aller Industrien- und Handelszweige sowie Versammlungen von Handwerkern, Gesellen, Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, die zwecks Erlangung besserer Arbeitsbedingungen oder einer Lohnerhöhung einberufen werden, unterliegen keiner Anmeldepflicht und dürfen nicht verboten werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese Versammlungen in geschlossenen Lokalen oder unter freiem Himmel stattfinden.“

Diese Verbesserung fand Anklang bei den Vertretern der Linksparteien. Der Vertreter der „Wyzwolenie“ beantragte dazu noch eine Ergänzung, wonach auch die Landwirte und Landarbeiter dieses Recht genießen sollen. Die Abstimmung über diese Verbesserungen wird jedoch erst in der nächsten Sitzung erfolgen. Weitere Anträge des Abg. Kronig zu den anderen Artikeln des Entwurfes beziehen sich darauf, Garantien zu schaffen, daß ein Willkürliches Eingreifen oder ein Mißbrauch von Seiten der Verwaltungsbehörden verhindert werde. Der Verfassungsausschuß erledigte bisher 7 Artikel des Entwurfes. Die weitere Arbeit wird in der nächsten Woche fortgesetzt.

Frauen in Frankreich

Paris, Ende Februar.

Der „Conseil National des Femmes“ (Französischer Frauen-ausschuß) hat die „Generalstände des Feminismus“ auf den 12. bis 14. Februar nach Paris einberufen, „um der Öffentlichkeit die große Rolle zu zeigen, welche die Frauen auf allen Gebieten des sozialen Lebens, zu denen sie bisher zugelassen wurden, von selbst in harter Arbeit und in ständiger Vorwärtsstreben bereits gespielt haben“. Wahrscheinlich auch, um den Platz zu verlangen, der ihnen leider noch freilich gemacht wird. Dazu ist es allerdings höchste Zeit. Noch heute untersteht die französische Frau dem Gesetzbuch von Napoleon, das mal vor 124 Jahren geschaffen wurde. Viel von ihm wurde mit dem Fortschritt der Zeit verbessert, aber die Frau gilt nach dem Gesetz noch heute so „von der Natur dazu geschaffen, Sklave des Mannes zu sein“ wie am Anfang des vorigen Jahrhunderts! Zu jeder Tätigkeit, durch die sie irgendwie gesetzlich gebunden wird, bedarf sie der Zustimmung ihres Ehemannes. Sie kann keinen Prozeß führen, keinen Kontrakt unterzeichnen, keine Beschäftigung annehmen, keinen Reisepaß erhalten (selbst dann nicht, wenn ihr Gatte zum Beispiel krank im Ausland weilt und seine Frau telegraphisch herbeißt), ohne jedesmal eine förmlich schriftliche und polizeilich beglaubigte Ermächtigung des Ehemannes beizubringen. Eine General-Erlaubnis, die sich manche junge Braut von ihrem künftigen Gatten vor der Heirat abgerungen hat, ist ungültig. Jeder Fall muß einzeln genehmigt werden. In einem Zeitalter, in dem seit über 20 Jahren in Frankreich bei den Gerichten Rechtsanwältinnen zugelassen sind (Fräulein Chauvin war der erste weibliche Rechtsanwalt Anfang des Jahrhunderts), in dem Fräulein Bequillon als 25-jährige soeben als erster weib-



Mechanisierter Ackerbau

Das Geheimnis der kanadischen Riesenernten.

Die Bodenbewirtschaftung in Kanada ist eine rein technische Frage geworden. Ein Flächenraum von über 3 729 000 Quadratkilometern, also beinahe 21 mal so groß wie Deutschland, und nur von weniger als 10 Millionen Menschen bevölkert, wovon über drei Fünftel in Städten wohnen, dann ein Fünftel in den Wäldern und der Forstwirtschaft u. a. m. beschäftigt sind. Und trotz dieser spärlichen Besiedelung der großen Domänen konnte Kanada im vergangenen Jahre über 51 Millionen Acres bearbeiten und aberntet. Es ist jedoch nur der sechste Teil der Gesamtanbaufläche, die für den Getreideanbau in Betracht kommt — alles prima Ackerland.

Da Kanada mit seinen modernen Methoden der Bodenbewirtschaftung mit Riesenernten die vollständige Industriekali-

rierung der Landwirtschaft anstrebt, so wird es bald seine Produktion erhöhen können — naturgemäß zumindest um 5 bis 600 Prozent.

Traktoren ziehen in Schaffeln die vier-, fünf- und sechsschneigen Pflüge und reihen den fruchtbaren Boden in einer Gesamtbreite von 15 bis 18 Metern auf, und Traktoren ziehen die Schneid- und Dreschmaschinen, Eggen, Sämaschinen u. a. m. und ersparen Zeit und Arbeitskräfte. Kein anderes Land der Welt, weder das fortschrittliche Argentinien noch die hypermodernen U. S. A. haben so einschneidende und verbesserte Arbeitsmethoden in der Bodenbewirtschaftung gebracht wie Kanada.

Resol. 40% Acid. acat. salic. 94.96% Chitin. 12.6%, Nitrogen ad 100 Amyl.